Nacht-Telegramme.
(Nur in einem Theile der Auflage.)

Halle, 1. Febr. Die große Wollspinnerei von Rabe in Giebichenstein ist fast gänzlich niedergebrannt.

Brüssel, 1. Febr. Der Correspondent der „Independ." meldet aus Aden, daß ein englischer Offizier mit 23 Begleitern, welche an der afrikanischen Ostküste jagten, durch Somalis ermordet wurden.

Petersburg, 1. Febr. Der „Reg.-Anz." meldet: Die Wiedereröffnung der dortigen Universität erfolgt am 3. Februar. — Nach der „Petersburger Wjedomosti" soll das Universitäts-Gericht in Dorpat aufgehoben werden.

Dresdner Nachrichten

33. Jahrgang. Aufl. 46,000 Exempl.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich jetzt Wilsdrufferstr. 19, I. (Eingang am Seilergeschäft). Haasenstein & Vogler, Dresden.

Dresden, 1888.

Neueste Börsen-Telegramme.

London, 1. Febr., Vorm. 11,15. Consols 102 9/16, 1880er Russen 81 5/8, Italiener 93, Lomb. 7 1/8, Türken 14 5/8, 4proz. fund. Amerikaner 129, 4proz. ung. Goldrente 78 1/2, Oesterr. Goldrente 87, Preuß. Consols 105, 4proz. unific. Egypter 74 5/8, 5proz. priv. Egypter 101, 3proz. garant. Egypter 103, Ottomanbank 10 1/4, Suezactien 83 5/8, Spanier 66 5/8, Canada-Pacific —,—. Ruhig. — Wetter: Frost.

Stettin, 1. Febr. (Getreidem.) Weizen unverändert, loco 162—168, April-Mai 170,00, Juni-Juli 174,50. Roggen unverändert, loco 109—112, April-Mai 119,50, Juni-Juli 123,50. Pommerscher Hafer loco 102—106. Rüböl still, Februar 46,50, April-Mai 46,50. Spiritus loco ohne Faß verbessert 97,70, mit 50 Mark Konsumsteuer 49,10, mit 70 Mark Konsumsteuer 31,50, April-Mai 99,50. Petroleum loco verzollt 12,75.

Theater- und Maskengarderobe-Magazin I. Ranges von Math. Klemich, Wilsdrufferstrasse 17, II. und III. Et. Dominos nach neuesten Pariser Modellen in prachtvollen Abendfarben. Costumes auf Wunsch nach Maass. Versandt nach auswärts prompt.

MATTONI's GIESSHÜBLER Sauerbrunn. Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk, erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh. HEINRICH MATTONI in Giesshübl-Puchstein b. Karlsbad.

I. u. grösste Masken- u. Theater-Garderobe Max Jacobi, 2 Galeriestrasse 2 part. und erste Etage. Dominos in vorzügl. Auswahl für Herren und Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt. Telephon Nr. 380.

Dresdner Champagner-Fabrik, Casernenstrasse Nr. 13, W. F. Seeger, Ritterstrasse Nr. 14, Dresdner Champagner-Fabrik, empfiehlt ihre prämiirten Champagner, ganz nach französischer Art gearbeitet, zu 2—4 Mark die Flasche. Dieselben Preise in den Niederlagen.

Nr. 33. Spiegel: Sozialistengesetz und Arbeiterschutzgesetz, auswärtige Lage, die Italiener in Abessinien. Landtagsverhandlungen, Deputationsberichte. Houbfertigkeitsausstellung. Gerichtsverhandlungen. Concert Kronke-Lucca-Senkrah, Concert der Schumann'schen Singacademie. **Donnerstag, 2. Februar.**

Verantwortlicher Redakteur für Politisches Dr. Emil Bierey in Dresden

Endlich findet sich wieder Zeit und Raum, auch noch anderen Dingen, als dem Treiben der Sozialrevolutionäre und ihrer Ueberwachung, Aufmerksamkeit zuzuwenden. Mit Ausnahme der Sozialdemokraten wird alle Welt wünschen, solche Debatten im Reichstage wie in den letzten Tagen nicht so bald wieder zu hören. Auf alle Unbefangenen haben die Berathungen den Eindruck gemacht, daß das Sozialistengesetz, so wie es jetzt ist, doch nicht recht seinem Zweck entspricht. Es ist namentlich eine, auch im Reichstag durch vielfaches Zeugniß erhärtete Thatsache, daß die Ausweisung von Agitatoren aus den Orten, über welche der kleine Belagerungszustand verhängt ist, mehr geschadet als genützt hat. Von dieser schärfsten Handhabe des Sozialistengesetzes hatte man sich seiner Zeit ganz andere Folgen versprochen. Wie „Flugfeuer" haben die Ausgewiesenen die sozialdemokratische Agitation in Orte getragen, wo sie bisher fehlte und dort verstärkt, wo sie schon vorhanden war. Hat es beispielsweise im Sinne der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung günstig gewirkt, daß Herr Singer, von Berlin ausgewiesen, seine Thätigkeit nunmehr nach Dresden verlegte? Die Berliner Polizei wendet daher die Ausweisung nur sehr spärlich noch an. Die Reichstagskommission von 28 Mitgliedern, an welche das verschärfte Sozialistengesetz geht, wird allen Meldungen zufolge, einfach die Verlängerung des jetzigen beschließen. Dem gegenüber hebt der „Reichsbote" hervor, daß die Sozialdemokratie ohne Zweifel diese zwei Jahre zu ihren Zwecken ausnutzen werde; es sei ernstlich zu erwägen, ob man nicht gleich jetzt zu einem dauernden Gesetze übergehen habe. Die staatserhaltenden Parteien sollen daher mit Vorschlägen hervortreten, wie auf dem Boden des gemeinen Rechts die gemeingefährlichen Bestrebungen der grundstürzenden Parteien zu bekämpfen sind. Nach zwei Jahren muß man sich doch daran machen. Was man in zwei Jahren zu thun hat, kann man jetzt schon wissen. Der Bundesrath aber sollte sich entschließen, das vom letzten Reichstag beschlossene Arbeiterschutzgesetz anzunehmen und mit den etwa erforderlichen Verbesserungen dem jetzigen Reichstage vorzulegen. Soeben hat der Bundesrath beim Reichstage das Vogelschutzgesetz eingebracht. Dasselbe verdankt sein Entstehen dem früheren Abg. Fürsten v. Hohenlohe-Langenburg. Jeder Freund der Natur, der seine liebe Freude an dem Lebendigen da draußen hat, ist dem hochgestellten Herrn für die Zähigkeit dankbar, mit welcher derselbe seit Jahren den Schutz der gefiederten Welt betreibt; auch dem Bundesrathe gebührt Dank, daß er seine vielen Bedenken dagegen endlich hat zurücktreten lassen. Aber bei aller Genugthuung über den volkswirthschaftlich, gesundheitlich und naturfreundig bedeutsamen Vogelschutz muß man doch sagen: unendlich höher steht doch der Arbeiterschutz! Wenn die hohen Herren im Bundesrathe wüßten, welchen Werth die Arbeiter auf die Erhaltung und Schonung ihres Hauptbesitzthums, ihrer Arbeitskraft legten, so ließen sie sich nicht so lange von den Freunden sozialer Reformen nach dieser Richtung hin drängen, sondern gewähreten alsbald, was am meisten zur Stärkung des sozialen Friedens beiträgt: einen ergiebigen Schutz der Arbeitskraft der gesunden Arbeiter.

Die europäische Lage weist in den letzten Tagen keine Veränderungen, weder nach der besseren, noch nach der schlimmeren Seite hin, auf. Das wichtigste Ereigniß war die Beantwortung zweier Interpellationen durch den leitenden ungarischen Minister v. Tisza. Diese Anfragen waren schon vor 14 Tagen gestellt worden. Das Interessanteste an ihrer Beantwortung war, daß Herr von Tisza 14 Tage gebraucht hat, so nichtssagende Erklärungen abzugeben. Etwas Neues hat die Welt daraus nicht erfahren. Er drückte sich so aus, wie das bei der Ungewißheit der Zukunft auch jeder Andere, der nicht Minister ist, hätte thun können und wie das schon vielfach auch geschehen ist. Es ist immer dasselbe Stück: Friedensaussichten und deshalb — Rüstungen. Er geißelte den Unfug, der mit Gerüchten, Telegrammen und Zeitungsmeldungen behufs Beunruhigung der Gemüther getrieben wird und wobei oft nur ordinäre Börsenmanöver zu Grunde liegen. Doch gab er selbst kein Mittel an, was zu thun wäre, um Europa von der auf ihm lastenden Ungewißheit wegen der Zukunft zu befreien. Das Einzige, was in der Tisza'schen Antwort von Werth war, betraf die Versicherung, daß Ungarn keine vertragswidrige Ausdehnung seines Einflusses oder gar Länderzuwachs begehre. Daß Herr v. Tisza den ungeschwächten Fortbestand des Bündnisses der drei mitteleuropäischen Friedensmächte betonte, war nach den russischen Versuchen, Oesterreich mit Mißtrauen gegen Deutschland zu erfüllen, nicht überflüssig. Somit kann man sagen, daß die Tisza'schen Erklärungen an der allgemeinen Lage Nichts verdorben haben. Die Politik Rußlands selbst bleibt nach wie vor unklar und unberechenbar. Sein fortgesetztes Säbelrasseln und die zeitweilig wiederkehrenden Angriffe der von keinem Censor darin behinderten Angriffe seiner Zeitungen auf Deutschland und Oesterreich stören diese nicht im Mindesten. Man weiß, daß ein gelegentliches trotziges Prahlen und sich in die Brust Werfen zu den Hausmitteln der russischen Politik gehört. Es ist weniger auf's Ausland gemünzt, sondern mehr auf die großen Volksmassen daheim berechnet. Diesen muß von Zeit zu Zeit im Interesse des Ansehens des Czaren Etwas vorgemacht werden, was in den Augen der Massen den Czaren als den allgefürchteten Gebieter Europas und den eifersüchtigen Schützer der russischen Ehre erscheinen läßt. Rußland verfolgt mit seinen Rüstungen den Zweck, Europa in Athem zu erhalten, es zu beunruhigen und es zu nöthigen, sich in Rüstungen zu erschöpfen.

Nebenher gehen die russischen Versuche Europa die Schuld der Fortdauer der Beunruhigung zuzuschieben. In diesem Stück leistet der in Brüssel erscheinende „Nord" Erstaunliches. Der „Nord" ist der russische Schaubuden-Ausrufer, der regelmäßig einmal in der Woche aus der Thür heraustritt, um mit heiserer Stimme dem verehrten Publikum die Unschuld Rußlands und die beispiellosen Ränke seiner bösen Nachbarstaaten vorzuerzählen. Warum weigern sich denn, kräht der nordische Ausrufer, die Mächte, den Prinzen Ferdinand abzusetzen, wie es Rußland begehrt? So lange dieser Störenfried nicht entfernt sei, käme keine Ruhe in's Land. Nun, Europa hat die Besitzergreifung des Bulgarenthrons durch den Coburger auf's Bündigste verurtheilt; keine Macht hat ihn anerkannt und kann ihn also für abgesetzt erklären. Bliebe etwa eine solche Erklärung Ferdinand von seinem Throne? Wenn Rußland noch mehr verlangt, d. h. unmittelbares bewaffnetes Einschreiten gegen die thatsächliche Regierung in Bulgarien, dann würde es unter allen Umständen vorher mit der Pforte in's Reine kommen müssen. Das böse Gewissen Rußlands verräth sich unwillkürlich in den Anklagen gegen Rumänien. Vor Kurzem hat nämlich der Minister dieses Königreichs, Sturdza, eine Reise nach Friedrichsruhe zum Fürsten Bismarck gemacht. Man hat Grund anzunehmen, daß dabei der Beitritt Rumäniens zum europäischen Friedensbunde erzielt wurde. Das schiebt allerdings den russischen Angriffsplänen einen neuen Riegel vor. Jedesmal, wenn Rußland die Wahrnehmung macht, daß die Machtmittel dieses ihm so verhaßten Friedensbundes eine Verstärkung erfahren, macht es seinem Aerger durch Bekanntgabe von Rüstungsmaßregeln Luft. Weiter hat's zunächst keinen Zweck. Die Macht des Friedensbundes ist eben so stark, daß man nicht zu befürchten hat, Rußland werde einen Angriffskrieg riskiren. Thäte es dieses, so würde es nur in sein Verderben rennen.

Statt über Kämpfe und Siege der Italiener in Abessinien, berichtete der Telegraph über Trauerfeierlichkeiten, welche die italienischen Truppen am Jahrestage der Niedermetzelung einer ihrer Colonnen auf der blutigen Wahlstatt von Dogali begingen. In Italien haben seit dem Unglückstage gegen 7000 Trauerämter zu Ehren der 23 Offiziere und 396 Mann stattgefunden, die am 26. Jan. v. J. in einem Hohlwege aufgerieben wurden. Die öffentliche Meinung Italiens verlangt aber etwas mehr als die fromme Aufrichtung eines Kreuzes auf dem Gefechtsfelde. Die Besitzergreifung des weiter landeinwärts [illegible] Staat [illegible] eine Genugthuung. Die Expedition der Italiener am Rothen Meere hat eben einen bösen Haken. Ein greifbares Ziel, für das große Opfer nicht zu scheuen wären, giebt es eben in Abessinien nicht. Als die Italiener 1886 Massauah mit 3000 Mann besetzten, träumten sie davon, Abessinien zu erobern. Sie sendeten wissenschaftliche und militärische Expeditionen aus, die theils ermordet, theils gefangen genommen wurden. Vier Mal haben sie ihre Oberbefehlshaber gewechselt, ihre Streitkräfte von 3000 auf 20,000 Mann vermehrt; jetzt sind sie weiter vorgedrungen als zuvor, aber an die Eroberung Abessiniens denken sie nicht mehr. Die europäische Großmachtstellung Italiens hindert es, sich zu tief in einen afrikanischen Feldzug einzulassen. Wo derselbe aber zu Ende zu bringen ist, nachdem der militärischen Ehre Italiens Genüge geleistet, das ist eben die Frage. Wie sie beantwortet wird, ist für die ganze europäische Politik unseres Verbündeten entscheidend.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 1. Febr.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus genehmigte heute die direkten Steuern im Gesammtbetrage von 156½ Millionen. Die Abgg. Stephanus (Welfe), v. Rauchhaupt (kons.), Dr. Enneccerus (n.-l.) und von Zedlitz-Neukirch (frei-cons.) hoben hierbei die Nothwendigkeit einer Reform des Einschätzungsverfahrens unerwartet einer allgemeinen Reform der direkten Steuern hervor und sprachen sich unter Hinweis auf die Erfahrungen im Königreich Sachsen für die Einführung der Selbsteinschätzung aus. Abg. Rickert (fr.) bestritt die Möglichkeit einer solchen theilweisen Reform; überhaupt könne eine Reform der direkten Steuern nur durch Initiative der Regierung erfolgen. Bei dem Bergwerksetat befürworteten die Vertreter der westfälischen Kohlenbezirke Herabsetzung der Eisenbahntarife für Kohlen und Rückvergütung der Bergwerksabgaben bei Kohlenausfuhr. Minister Maybach sprach sich gegen die Bergwerksabgaben überhaupt aus und sagte ein weiteres Entgegenkommen gegen Landwirthschaft und Industrie seitens der Eisenbahnverwaltung zu. — Weiterberathung Sonnabend.

Berlin. Reichstag. Eingegangen: Meistbegünstigungsvertrag mit Paraguay. — Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Antrags auf Einführung 5jähriger Legislaturperioden. Graf Behr (Reichspartei) resumirt die früheren Verhandlungen über denselben Gegenstand, wobei sich das Centrum für die Verlängerung ausgesprochen habe. Die Wahlagitation schaffe Verbitterung, die sich häufig noch bei den Nachwahlen fortsetze. Die Verlängerung der Legislaturperioden werde das Ansehen des Reichstags erhöhen und die Arbeiten desselben fördern, ohne ein Eingriff in die Rechte des Volkes zu sein. Windthorst meint, so harmlos, wie Behr den Antrag hinstelle, sei derselbe doch nicht. Die inneren Verhältnisse seien so gespannt, daß es nicht empfehlenswerth, neue Streitpunkte in die erregte Bevölkerung zu werfen. Was habe man vor? Ihm sei bekannt, daß das Gutachten eines Straßburger Professors eingefordert worden, wie ohne Zustimmung des Hauses das Wahlrecht geändert werden könne. Durch den Antrag werde das Ansehen des Hauses herabgedrückt. Die letzte Wahl habe gezeigt, in welcher Weise die Wahlagitation getrieben worden. Das Volk müsse, wenn ein Wahlfehler begangen worden sei, bald in der Lage sein, den Fehler zu repariren. Bamberger: Es handle sich nicht um die Frage, welche Dauer der Legislaturperiode die beste sei, ob man eine reaktionäre Regierung noch mehr stützen dürfe. Er mache weniger der Regierung den Vorwurf, daß sie reaktionär, als Denjenigen, auf welche sie sich stütze, z. B. in der Frage der Beschränkung der Gewerbefreiheit. Die Nationalliberalen trieben durch diesen Antrag die Regierung noch mehr in die Arme der Reaktion. Staatssekretär v. Bötticher erwiedert dem Abg. Windthorst daß er bezüglich seiner Aeußerung, die Regierung habe mit einem Straßburger Professor Unterhandlungen gepflogen wegen Aenderung der Verfassung ohne Zustimmung des Hauses, das Opfer einer frivolen Täuschung geworden sei. v. Bennigsen konstatirt, er habe in der Rede Bambergers vergeblich den Nachweis für eine Reaktion gesucht und habe nur gehört, daß die Nationalliberalen für das Septennat gestimmt und einen Antrag unterzeichnet hätten, den Bamberger früher selbst vertheidigt habe. Bamberger identificire Freihandel mit Freiheit, Schutzzoll mit Reaktion. Für den Schutzzoll seien die liberalen Männer Amerikas, für Freihandel Kaiser Napoleon und die amerikanischen Sklavenbarone eingetreten. Auch er bedauere, daß man mit den Schutzzöllnern zu weit gegangen, aber deshalb sei man noch nicht berechtigt, allen Leuten die Lust am Reiche, ja am Leben selbst zu verleiden. Die Stellung seiner Partei zu den zweijährigen Etatsperioden sei die alte. Bamberger habe 1873 die Verlängerung der Legislaturperiode selbst gefordert. Holland, Belgien, Oesterreich, Frankreich, England und Ungarn hätten alle längere Legislaturperioden. v. Bennigsen protestirt dagegen, daß die Reichstagsmehrheit durch künstlich erzeugte Kriegsfurcht entstanden sei. Die Gefahr habe bestanden und bestehe noch, sonst wären Bamberger und Windthorst nicht so rückhaltlos für die neue Wehrvorlage eingetreten. Reichensperger (Centrum) ist gegen den Antrag. Die Wähler müßten möglichst oft Gelegenheit haben, von ihren Vertretern Rechenschaft zu fordern. Nachdem noch von Maltzahn (kons.) für den Antrag eingetreten, wird die Weiterberathung auf Freitag vertagt.

Berlin. Nach dem Reichsanzeiger besteht jetzt bei dem Kronprinzen eine beschränkte Verdickung des vorderen Theils der rechten Kehlkopfhälfte, dagegen hat sich durch Abstoßung einer abgestorbenen Partie die Schwellung der linken Seite vermindert. Das allgemeine Befinden ist normal.

Frankfurt a. M., 1. Febr. Credit 214,60. Staatsbahn 170,10. Lombarden 66,00. Galizier 155,25. Egypter 74,75. 4proz. Ungar. Goldrente 77,50. Discento 187,50. 80er Russen —. Haubelsg. —. Laura —. Fest.

Wien, 1. Februar. Credit 269,25. Staatsbahn 212,75. Lombarden 83,25. Nordwestb. 152,75. Markuoten 62,15. Ung. Credit 272,00. Fest.

Paris, 1. Febr. (Schluß.) Rente 81,67. Anleihe 107,67 expl. 5 Italiener 94,05. Staatsbahn 422,50. Lombarden 180,00. do. Prioritäten —,—. Spanier 67,18. Egypter 375,25. Ottomanen 505,00. Neue Anleihe —. Türken —. Fest.

Amsterdam, 1. Februar. Produkten (Schluß). Weizen per März 190, per Mai 193, steigend. Roggen per März 101, per Mai —, fest.

Paris (Produkten). 1. Februar. (Schluß.) Weizen per Februar 23,30, per Mai-August 24,10, behauptet. Spiritus per Februar 46,75, per Mai-August 47,75, behauptet. Rüböl per Februar 53,75, per Mai-August 54,25, ruhig.

London, 1. Februar. (Produkten) Schluß. Weizen still, nominell, Mehl ruhig, erwartend. Hafer zu Gunsten Käufer, russischer Hafer ziemliche Nachfrage, Vollpreise. Gerste und Malz stetig. — Wetter: Frost.

Lokales und Sächsisches.

— Landtag. Debattelos und einstimmig gab die zweite Kammer gestern ihre Zustimmung zu nachstehenden Forderungen des außerordentlichen Staatshaushaltes: 1,290,000 Mk. als zweite Rate für die Erweiterung des Chemnitzer Bahnhofes, 205,700 Mk. für Erweiterung der Station Altchemnitz, 66,200 für die Erweiterung der Wasserstation und Anlage einer continuirlichen Wasserreinigung in Chemnitz und 36,800 Mk. für die Erweiterung der Sattlerei sowie Abbruch und Neuherstellung der Farbenniederlage auf dem Werkstättenbahnhof Chemnitz. Bericht erstattete Abg. Gelbke. — In der ersten Kammer stand als einziger Berathungsgegenstand der Gesetzentwurf über die Fürsorge für Beamte infolge von Betriebsunfällen auf der Tagesordnung. Namens der Gesetzgebungsdeputation erstattet Geh. Rath Herbig über denselben Bericht und beantragt, dem Entwurfe in der aus der 2. Kammer hervorgegangenen Fassung allenthalben zuzustimmen, zugleich aber die Regierung zu ermächtigen, denjenigen Beamten der Staats-Civilverwaltung, welche im Dienste, jedoch nicht in einem gesetzlich der Unfallversicherung unterliegenden Betriebe, einen Unfall erleiden, sowie den Hinterbliebenen derselben unter den Voraussetzungen und nach Maßgabe des vorliegenden Gesetzes die in demselben vorgesehenen Bezüge aus der Staatskasse zu gewähren, sofern nicht solchen Beamten nach anderweiter Bestimmung ein höherer Betrag zusteht. Nachdem Frhr. v. Tauchnitz seine Zustimmung zu dem letzten Antrag als einen Akt der Gerechtigkeit erklärt, nimmt die Kammer den Entwurf in der vorgeschlagenen Fassung an.

— Von der konservativen Partei der 2. Kammer ist folgende Interpellation eingegangen: „Gedenkt die Königl. Staatsregierung angesichts der in neuerer Zeit an verschiedenen Orten Sachsens in besonders umfänglicher Weise aufgetretenen Trichinenkrankheiten Maßregeln zur Verhütung ähnlicher Epidemien zu ergreifen und hält die Königl. Staatsregierung die Einrichtung der obligatorischen Trichinenschau für zweckmäßig und ausführbar?" Dresden, 1. Febr. 1888. Heger. Dr. Fischer. Günther. In einer der nächsten Sitzungen wird diese Interpellation zur geschäftlichen Behandlung kommen.

— Die Gesetzgebungsdeputation der 2. Kammer erstattet durch Abg. Opitz umfänglichen schriftlichen Bericht über den Gesetzentwurf behufs Regelung der Unfall- und Krankenversicherung der in Land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen auf Grund des bez. Reichsgesetzes. Es wird beantragt, dem Gesetzentwurf mit einer Anzahl von der Deputation vorgeschlagener Abänderungen zuzustimmen. Außerdem beantragt die Deputation der Regierung die Ermächtigung zu ertheilen, im Verordnungswege, jedoch ohne rückwirkende Kraft, zu bestimmen, daß die land- und forstwirthschaftliche Berufsgenossenschaft im Königreich Sachsen sowie die übrigen durch die Reichsgesetze oder Landesgesetze vorgeschriebenen Berufsgenossenschaften, Pensionskassen und dergl. Vereine und Anstalten von Gemeinde-, Kirchen- und Schulanlagen, mit Ausnahme solcher, welche auf den Grundbesitz oder das stehende Gewerbe oder auf das aus diesen Quellen fließende Einkommen gelegt werden, befreit sind.

— Die Herren O. Hoppe und W. König, Inhaber der Firma „Hermann Roch" in dem kleinen, jetzt als große Last auf Dresden drückenden Häuschen am Altmarkt 5, fühlen sich, gedrängt von der auch ihnen bekannt gewordenen Mißstimmung der Einwohnerschaft veranlaßt, nochmals eine gedruckte „Mittheilung (2.) zur Frage über die Bebauung der Ecke König Johannstraße und Altmarkt" zu versenden. In diesen Mittheilungen ist sachlich Neues nichts enthalten. Die Herren beklagen einfach, daß Seitens des Aufsichtsrathes der Residenzbaubank die bekannte Kaufspunktation nicht angenommen worden ist, inhaltlich deren sie sich, wie sie sagen, nur im Interesse der Stadt, nicht nur dazu verstanden, für den vielerwähnten Streifen an der Johannstraße von 163,2 Quadr. die Summe von 228,480 Mk. zu bewilligen, sondern auch die Verpflichtung zu einem kostspieligen Neubau und außerdem noch zu einer lang andauernden Vermiethungsbeschränkung auf sich zu nehmen. Es heißt in der Mittheilung wörtlich: „Wenn von dem Bevollmächtigten der Baubank betont wird, daß das Interesse seiner Gesellschaft die allerschleunigste Bebauung der Ecke verlangt und zu diesem Zwecke der geplante Interimsbau nicht länger zu verschieben sei, so stimmen wir voll und ganz mit der Baubank darin überein, daß der auszuführende Interimsbau den Interessen der Bank am besten, besser als jede andere Lösung dieser Frage entspricht. Wir glauben aber, daß bei einem Unternehmen, an welchem das Vermögen der Stadt mit mehreren Millionen betheiligt ist, nicht lediglich die Interessen der Baubank und deren Aktionäre, sondern auch diejenigen der Stadt mitzusprechen haben".

J. Böhmer, Bade-Einrichtungen, Galeriestrasse 20 part., I. u. II.

SLUB
Wir führen Wissen.